

Etienne Balibar

Kommunismus und Staatsbürgerschaft¹

Überlegungen zur emanzipatorischen Politik am Ende des 20. Jahrhunderts

übersetzt von no spoon

Für Ariane P.

1.

Ich möchte mit dem beginnen, was ich, ohne überflüssiges Pathos, »unsere Meinungsverschiedenheit« nennen möchte, die im Grunde in den meisten unserer Diskussionen in den 60er und 70er Jahren vorhanden war.

Man könnte sie als eine Variante des Gegensatzes zwischen einem kritischen »Eurokommunismus« und einem mehr oder weniger orthodoxen »Neo-Leninismus« einordnen. Aber diese Etiketten sagen mehr über unsere gegenseitige Wahrnehmung aus, als über unsere wirklichen Positionen, und sie haben den Nachteil, zwei Tatsachen zu verdecken, die mir im Rückblick grundlegend zu sein scheinen. Die eine ist unser beider Anteil an der »strukturalen« Rekonstruktion des Marxismus (...). Die andere Tatsache bezieht sich darauf, dass wir in der angespannten Lage während der politischen Krise 1978 in Frankreich, nach dem Bruch der »Einheit der Linken«, in Bezug auf die Praxis im Grunde die selbe Position hatten. (...)

Ich ziehe es also vor, diese Meinungsverschiedenheit in Form einer Debatte über die zentrale Frage des Staates darzustellen, die mich dann unmittelbar zu Fragen der Politik bzw. der Politik heute bringt.

Eine Spur dieses Streits findet sich in zwei kritischen Thesen, die Nicos in seinem letzten Buch formuliert.² Die eine besagt, dass die Frage nach der fehlenden Theorie des Politischen im Marxismus schlecht gestellt ist, wenn man sie als die simple Forderung nach einer »allgemeinen Theorie vom Staat« versteht, denn was wirklich fehlt, ist eine spezifische Theorie des kapitalistischen Staates. Die andere widmet sich den »eschatologischen und prophetischen Dogmatismen«, die zuletzt in dem – im Rückblick lächerlichen – Versuch von einigen von uns sichtbar wurden, die Diktatur des Proletariats in dem Augenblick zu »verteidigen« oder noch einmal zu »überdenken«, als sie von den kommunistischen Parteien bereits offiziell fallengelassen worden war.

Damit wir uns richtig verstehen, auch wenn ich in der *Staatstheorie* namentlich zitiert werde, handelt es sich nicht um eine Abrechnung *ad hominem*. Jedoch führten diese Fragen, unter uns gesagt, damals zu tiefen Spaltungen. Diese betrafen zum einen die Kritik des marxistisch-leninistischen Staatskonzepts und die Analyse der Institutionen oder politischen Formen, in denen sich ein neues Kräfteverhältnis abzeichnete, und zwar in dem Moment, in dem der hegemoniale Staat der kapitalistischen Bourgeoisie, durch die Internationalisierung des Kapitals (wir sagten damals noch nicht »Globalisierung«) ins Wanken gebracht wurde. Er reagierte auf den Niedergang seiner ökonomischen Effizienz mit einem mehr oder weniger akzentuierten bzw. liberal geschminkten autoritären Kurswechsel.

¹ Vortrag auf dem internationalen Kolloquium in Erinnerung an Nicos Poulantzas »Politik heute« in Athen, 29. 9 - 2.10.1999

² Nicos Poulantzas: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg:VSA,1978. Im folgenden wird nur unter Nennung der Seitenzahl zitiert.

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Poulantzas Vorschlag, den kapitalistischen Staat als eine »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen« zwischen den Klassen aufzufassen, ließ diese Meinungsverschiedenheiten so Gestalt annehmen, weil dieser Vorschlag einigen von uns nicht nur als ein Indiz der historischen Materialität der Staatsapparate erschien (wogegen sich Poulantzas verwehrt), sondern vielmehr dem Staat – durch seine relative Unabhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klasse und dem dahinter stehenden Kapital – die Bedeutung seiner »Autonomie« erst verlieh. Daraus resultieren zwei sehr unterschiedliche Arten, die Wirkung des in den populären Massenbewegungen enthaltenen Elements der radikalen Demokratie auf den Staat bei einem möglichen sozialistischen Übergang zu denken: Entweder als Zerschlagen der Apparate, Entstehung des »Nicht-Staats«, oder als radikaldemokratische Transformation seiner Funktionsweise, durch die Herausbildung eines neuen Machtverhältnisses und einer neuen Hegemonie über die intermediären Klassenfraktionen. (...)

In Bezug auf die »Verdichtung der Kräfteverhältnisse« oder »das relationale Verständnis des Staates« habe ich Poulantzas bereits vor langer Zeit Recht gegeben. Zunächst wegen eines Grundes, den er selbst erwähnt, und der ein Unterscheidungskriterium zu Althusser enthält: D.h. nur ein solches Verständnis erlaubt es, dem Mythos der »Äußerlichkeit« der revolutionären Kräfte (Parteien oder Bewegungen) in Bezug auf die Funktionsweise des Staates im fortgeschrittenen Kapitalismus ein Ende zu setzen. Am Schluss komme ich zur Thematik der »Äußerlichkeit« und »Innerlichkeit« zurück, die mir im vorliegenden Fall grundlegend zu sein scheint. Der zweite Grund bringt mich dazu, weiter zu gehen, als er es damals tat, und zwar in Richtung einer dem Staat inhärenten Dialektik der Übertragung und Transformation der Klassenkonflikte (was mich mehr als ihn zu seiner Zeit, dem Vorwurf des »Reformismus« aussetzt): D.h., in die Analyse des kapitalistischen Staates muss man nicht nur die strategischen Effekte der Klassenverhältnisse, die dem »Block an der Macht« inhärent sind, auch nicht bloß die »Errungenschaften« der Kämpfe zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen (Kapital und Arbeiter) einbeziehen, sondern auch die institutionellen Modi der Regulierung dieser Kämpfe und im Gegenzug ihre Wirkung auf die Bestimmung der Klasse selbst, angefangen bei der Arbeiterklasse (obwohl, so scheint mir, Poulantzas eben gerade wegen der Klassenposition an der Idee einer konstitutiven Funktion des Staates bei der Formierung des »Block an der Macht« festgehalten hat, sprach er nicht über eine determinierende Funktion der staatlichen Institutionen in der Geschichte der Formierung der Arbeiterklasse, um einen Moment lang die Sprache von E.P. Thompson zu gebrauchen).

Was mich dazu bringt, die genau begrenzte Verwendung der Kategorie des national-sozialen Staates (*Etat national social*) vorzuschlagen, um bestimmte Fragestellungen hinsichtlich der Transformation des politischen Feldes weiterzuführen, dem Poulantzas im wesentlichen seine Arbeit widmete. Auf der anderen Seite würde ich sagen, dass ich heute versucht bin, die Staatstheorie und die epistemologischen Probleme, die sie betrifft, die Idee der »relationalen Theorie« – oder wenn man so will, der strukturalen – eine Stufe voranzutreiben. Es gibt nicht nur keine »Substanz« oder gegebene Objektivität der Staatsmacht außerhalb der »Geschichte seiner Konstitution und Reproduktion« (22), sondern man kann den Staat auch nicht von den Konfigurationen der sozialen Verhältnisse »trennen«. Auch wenn der Staat nicht aufhört, sich als »Motor« darzustellen (um als *Befehlsmacht* wahrgenommen zu werden und sich selbst als *Befehlsmacht* wahrzunehmen: Man weiß, dass im Griechischen beide Bedeutungen im Begriff »arche« verschmolzen sind), ist er immer nur die Ordnung und Aneinanderreihung der *Effekte*, selbst wenn einige unter ihnen sehr dauerhaft sind und sich alle in eine institutionelle Materialität

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

einschreiben. Dem muss man folgendes hinzufügen: Die sozialen Verhältnisse, von denen wir hier sprechen, können nicht auf Klassenverhältnisse oder ausbeuterische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse reduziert werden (was aber nicht bedeutet, man könne diese Verhältnisse vernachlässigen oder vergessen): Es handelt sich außerdem um »ideologische« Verhältnisse, die unabhängig oder wenn man so will »überdeterminiert« sind. Ich würde eher von *symbolischen* Verhältnissen oder Beziehungen sprechen, die im Element des kollektiven Imaginären erzeugt werden, da der Begriff der Ideologie erheblich durch einen reduktionistischen Gebrauch geprägt ist. Aber der kombinierte Effekt der Klassenverhältnisse und der symbolischen Beziehungen in den determinierten institutionellen Handlungen entsprechen keinem invarianten Schema, weder in der »longue durée«, noch in der Konjunktur. Dies ist selbstverständlich ein wesentlicher Punkt, z.B. bei den Formen und aktuellen Auswirkungen des Nationalismus als aggressive und defensive Praxis des Staates (darin ist eingeschlossen, was ich »supranationalen«, z.B. europäischen Nationalismus, nenne). Man könnte sagen, dass *der Staat* – in einer starken Bedeutung – *nicht existiert*, d.h. er existiert nicht als *eigenständige* Instanz. Das, was »existiert«, sind die Kräfte und die Kräfteverhältnisse (darin eingeschlossen, die symbolischen und »immateriellen« Kräfte), die in der Form des Staates materiell verbunden sind.

2.

Von diesen Prämissen aus, werde ich folgendermaßen vorgehen. Zunächst möchte ich an einige *politische* Vorschläge von Poulantzas erinnern, die die Krise des Staates und der staatlichen Praktiken betreffen, und die ich mir zunutze machen möchte, um einige Anmerkungen über die Allgegenwärtigkeit dieser »Krisen«-Thematik in unserem Diskurs zu formulieren, eine Thematik, von der besonders die Schriften Poulantzas Zeugnis ablegen. Danach werde ich mich ein wenig mehr mit der Analyse des kapitalistischen Staates in Begriffen eines »national-sozialen Staates« und seiner Krise als einer des national-sozialen Staats beschäftigen. Schließlich werde ich eine Antwort auf die Frage skizzieren, die ich im Titel meines Vortrags gestellt habe: Die nach einer emanzipatorischen Politik, die sich immer auf das Doppelverhältnis von Kommunismus und Staatsbürgerschaft beziehen muss. (...)

Gehen wir von einigen in der *Staatstheorie* formulierten Thesen aus. Ich teile sie in zwei Gruppen, entsprechend dem weiter oben dargestellten kritischen Gegenstand (...). Es geht also zunächst um die Frage des Verhältnisses zwischen »dem Staat und den Volkskämpfen«, also um die Anwesenheit der beherrschten Klassen im Zentrum des Staates selbst, und die Konsequenzen, die diese Anwesenheit für die Geschichte der Demokratie hat. Ferner um die Frage nach der »nationalen Form des Staates«, also des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital, das vor dem Horizont des Verhältnisses zwischen revolutionärem Kampf und Nationform betrachtet wird.

Beginnen wir mit dem Staat und den beherrschten Klassen. Es ist bekannt, dass Poulantzas darauf besteht, dass die eigenständige Materialität des Staates anerkannt werden muss (gegen instrumentelle Repräsentationen oder, umgekehrt, gegen die Staatsmacht): Aber er existiert nur als Aktivität, als Modalität einer historisch entwicklungsfähigen Wirkung der Klassenkämpfe, in der die Gesamtheit der sozialen Bewegungen artikuliert werden muß. Hinsichtlich dieser Dynamik könnte man sagen, dass die Staatsform in einem unendlichen Prozess immer gleichzeitig konstituierend und konstituiert ist.

»Es ist also theoretisch zu erklären« schreibt Poulantzas in der *Staatstheorie* (116) »wie der Klassenkampf, speziell der politische Kampf um die politische Herrschaft, im institutionellen Gerüst des Staates eingeschrieben sind (...) und

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

zwar so, dass die unterschiedliche Formen und historischen Transformationen dieses Staates erklärt werden können." Um ihn wirklich zu verstehen, muss man die Rolle erklären, die der Staates gleichzeitig in Beziehung zu den herrschenden Klassen und den beherrschten Klassen spielt. Und weiter unten heißt es: »Der Staat konzentriert in sich nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Fraktionen des Blocks an der Macht, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen diesem Block und den beherrschten Klassen (...) Tatsächlich jedoch verlaufen die Volkskämpfe quer durch den Staat, und zwar nicht in der Weise, daß sie von außen in ein in sich geschlossenes Ganzes eindringen. Die politischen Kämpfe, die auf den Staat zielen, durchziehen seine Apparate, weil sie bereits in das Raster des Staates eingeschrieben sind, dessen strategische Konfiguration sie vorzeichnen.« (130-131)

Ein wenig weiter unten schränkt Poulantzas die Reichweite der allgemeinen These ein, wobei er das Modell der Doppelherrschaft nicht nur als Schema des revolutionären Übergangs, sondern auch als Beschreibung der Spannungen und Widersprüche des demokratisch-kapitalistischen Staates zu Recht ablehnt:

»Dagegen existieren die beherrschten Klassen nicht mit Hilfe von Apparaten, die ihnen eine *eigene Macht* geben, sondern im wesentlichen in Form von Oppositionszentren gegenüber den herrschenden Klassen. (...) Sie ist auch aufgrund des materiellen Aufbaus des Staates unmöglich. Dieser Aufbau besteht aus internen Reproduktionsmechanismen des Verhältnisses von Herrschaft und Unterordnung. Die beherrschten Klassen sind in seinem Aufbau präsent – aber eben nur als beherrschte Klassen. (...) Die Volksklassen sind schon immer im Staat präsent gewesen, ohne dass das jemals etwas an dem harten Kern dieses Staates verändert hätte.« (132-133) Man sieht, dass Poulantzas hier nicht nur die Illusionen einer »Neutralität« eines Staates der über den Klassen stünde, zurückweist, sondern auch und viel subtiler ein gewisses »machiavellistisches« Schema, wonach sich die Konstitution des Staates auf die beherrschten Klassen selbst »stützt«, oder besser, auf die dynamische Konfiguration ihrer Kämpfe und Forderungen und der Kraft, die diese entwickeln. Dennoch kommt Poulantzas im letzten Abschnitt seines Buches und in seinen Schlussfolgerungen – immer aus der Perspektive einer Kritik eines marxistischen Instrumentalismus – ausführlich auf die Volkskämpfe und die Art, wie sie den Staat durchziehen, zurück und legt vor allem dar, wie sich diese Effekte ins Herz der »ökonomischen Staatsfunktionen« einschreiben (dies führt gezwungenermaßen dazu, die Vorstellung des Wohlfahrtsstaates, als einem Gebilde mit ausschließlich sozialen Funktionen, die den organischen Staat von außen kommend ergänzen, der dann wiederum im Prozess der Kapitalakkumulation Mängel produziert, zu überwinden.) »Einerseits existieren keine Staatsfunktionen zugunsten der Volksmassen, die auch von den Volksmassen eingesetzt sind und andererseits keine ökonomischen Funktionen zugunsten des Kapitals.«³ Er erwähnt dabei die Beschränktheit der »Beziehung zwischen der politischen und der ökonomisch-sozialen Demokratie«. Dies alles läuft auf eine Hauptthese zu, die ein wenig abstrakt bleibt, obwohl sie offensichtlich in seinem Plädoyer für einen »demokratischen Sozialismus« wesentlich ist, sie ist auf die repräsentative Demokratie bezogen, die immer als geschichtliche Verbindung der unterschiedlich starken populären Klassenkämpfe und dem jeweiligen Entwicklungsstand der politischen Demokratie existierte.

Machen wir eine kurze Pause, um das Fehlen eines Schlüsselbegriffs der politischen Tradition in Poulantzas' Terminologie hervorzuheben, dessen Gebrauch heute wieder fast allgegenwärtig geworden ist und den ich selbst für

³ Balibar zitiert eine in der deutschen Übersetzung nicht vorhandene Stelle aus der Staatstheorie. L'Etat, le pouvoir, le socialisme 1978: 238

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

einen Augenblick benutzen möchte, um zumindest einem Teil der Verwirrungen zu entgehen, die diese Inflation hervorbringen: Es ist der Begriff der Staatsbürgerschaft (*citoyenneté*). Obwohl man dies nicht erwarten würde, wird dieser Begriff zumindest bei der Diskussion der Alternative zwischen Demokratie und Autoritarismus von ihm tunlichst gemieden.

Dafür gibt es mehrere Gründe, die ich ungeordnet aufführe: Einer ist vermutlich seine Weigerung, das Konzept der Staatsbürgerschaft (*politeia*), dieses Modell oder diesen Mythos, dass für ihn aus sprachwissenschaftlichen Erwägungen mit einer völlig anderen historischen Realität, der griechischen Polis, auf das engste verbunden war, zu übertragen (andere verzichteten darauf nicht: siehe Castoriadis); näher ist uns die zentrale Funktion der Idee des *Bürgertums* (i.O. deutsch) in dem Teil der marxistischen Tradition (von Jaurès und Bernstein), auf den sich Poulantzas niemals berufen hätte; und die Stärke einer, der hegelmарxistischen Tradition entstammenden Kritik des Rechtsformalismus in Poulantzas' Werk (die umso bemerkenswerter ist, da er hier im Unterschied zu vielen anderen Hegel von innen betrachtet) und der aus ihr folgenden Thematisierung der Verfassung, zugunsten der Analysen von Kräfteverhältnissen und sozialen Konfigurationen; und last but not least, seine bewusste Ablehnung der Vorstellung von einem politischen Gleichgewicht zwischen »Macht« und »Gegenmacht« im Regierungssystem, die organisch zu einer bestimmten Definition von Staatsbürgerschaft gehört (insbesondere im amerikanischen Republikanismus), und diese Form hat sie selbst dann noch, wenn sie die Entwicklung von gewerkschaftlichen Klassenorganisationen im nationalen Rahmen berücksichtigt.

Aber dies führt unmittelbar zu einer zweiten Gruppe von Thesen. Es ist bekannt, dass die Reflektion über die Nationform und den nationalen Charakter des kapitalistischen Staates, sowie die daraus folgenden politischen Konsequenzen, eine der Besonderheiten von Poulantzas letzten Buch ausmachen. Dies nicht nur im Vergleich zu seinem bisherigen Werk, sondern auch im Vergleich zur Mehrheit der zeitgenössischen marxistischen wie nicht-marxistischen Politologie (mit bemerkenswerten Ausnahmen, wie man hinzufügen muss).

Ich muß hier gestehen, dass ich einige Jahre gebraucht habe, auch unter dem Eindruck einer neuen, durch das Wiederaufleben der Nationalismen in Europa und besonders in Frankreich, markierten Konjunktur, um genau das, als den »blinden Fleck« der marxistischen Theorie und einen der entscheidenden Aspekte der Theoretisierung des Politischen zu bestimmen. Ich möchte dazu einfach zwei Formulierungen von Nicos verwenden.

Zunächst möchte ich die deutliche Kritik an allen Versuchen einer »Ableitung« (i.O. deutsch) der nationalen Staatsform aus den Marktbeziehungen und den Bedingungen der Kapitalzirkulation – im bekannten Kapitel zur »Nation“ (85f) – in Erinnerung rufen. Im »Prozess ohne Subjekt des Klassenkampfes« (108) oder sogar noch in der *politischen* Gestalt der Mächte und Transformationsfaktoren, die die Geschichtlichkeit des Kapitalismus ausmachen, so eine Formulierung Poulantzas, die sich an den besten Gedanken Althussers orientiert, ist nach dem Geheimnis jener Artikulation von Kapitalismus, Staat und Nation zu suchen, welches dazu führt, dass diese nicht aufeinander reduzierbaren Begriffe in der Praxis stets zusammen auftreten. Derart, dass die moderne Nation tendenziell mit dem Staat zusammenfällt, »in dem Sinne, daß der Staat sich die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenzen. Der Staat funktioniert auf der Grundlage der Nation.« (91)

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Ich möchte weiterhin darauf aufmerksam machen, dass Poulantzas in den Studien zur nationalen Frage auf dem besteht, was ich den *Gesichtspunkt der Beherrschten oder der beherrschten Klasse* nennen möchte: »Das wirkliche Problem ist aber natürlich das Verhältnis der Arbeiterklasse zur modernen Nation. Diese tiefgreifende Verhältnis wurde vom Marxismus weitgehend unterschätzt« (110) Es ist klar, dass diese Frage nicht nur wichtig für die Analyse der Vergangenheit ist, sondern auch für die Lösung brennender »strategischer« Fragen. Dies führt uns zu den gleichzeitig gewagtesten und, man muss es betonen, missverständlichsten Formulierungen von Poulantzas (eine Missverständlichkeit, die nichts mit einem Unvermögen des Autors zu tun hat, sondern in der Sache liegt) und zwar dort wo diese zu zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen Thesen verknüpft werden: Einerseits soll die Wichtigkeit der nationalen politischen Formation als Rahmen der Prozesse sozialen Übergangs bekräftigt werden; andererseits muß man im Internationalismus der Arbeiterklasse eine fundamentale Eigenschaft der demokratischen Kämpfe und der Volkskämpfe sehen, die Poulantzas im Laufe seiner weiteren Argumentation zu einem Ziel der revolutionären Praxis erklärt. Dabei erwähnt er die Phänomene der Transnationalisierung des Kapitals ebenso, wie die Partizipation der Migranten an den Massenkämpfen neuen Typs, wie auch an im Entstehen begriffenen Formen direkter Demokratie.

Die Schwierigkeit, einen Begriff zu finden, denke ich, wird im wesentlichen durch das schwere Erbe der Formen verursacht, die die Komintern-Organisationen hinterlassen haben, d.h. jene in Gestalt eines Gegen-Imperialismus auftretenden Abirrungen und Perversionen des Internationalismus, der nicht zögerte, die grundlegenden Eigenschaften seines Kontrahenten zu reproduzieren, wovon sich der historische Kommunismus noch nicht erholt hat.

In Wirklichkeit bestand die »dialektische Lösung« des Problems eines *spezifischen Verhältnisses* zwischen der Arbeiterklasse und ihrer Politik in der Nationform schließlich darin, sich in kleine Worte wie »gewisse«, »richtig«, »authentisch« zu flüchten: »Der Nationalstaat als Einsatz und Ziel der Arbeiterkämpfe stellt auch die Wiederaneignung ihrer Geschichte durch die Arbeiterklasse dar. Das kann natürlich nicht ohne Transformation des Staates geschehen, damit ist aber auch die Frage eines gewissen Weiterbestehens dieses Staates unter seinem nationalen Aspekt beim Übergang zum Sozialismus gestellt. (...) die nationale Ideologie der Arbeiterklasse als zugleich richtiger Ausdruck des Internationalismus und als Auswirkung des bürgerlichen Nationalismus auf die Arbeiterklasse; dieser bürgerliche Nationalismus hätte dennoch nicht die massiven und fürchterlichen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse haben können, die er gehabt hat – er führte sie in die Blutbäder der national-imperialistischen Kriege –, wenn er nicht auf der Materialität der Konstituierung und des Kampfes der Arbeiterklasse beruhte und mit dem authentischen Arbeiteraspekt der nationalen Ideologie verknüpft wäre.« (111f) Was bleibt, ist, dass das Problem gestellt wurde und auch wir selbst weit entfernt davon sind, es gelöst zu haben. Ich möchte, um diesen ersten Punkt abzuschließen, die folgende Bemerkung machen. Zwischen diesen zwei Argumentationssträngen, die einen fragen nach den Orten und Effekten der Volkskämpfe im Staat, die anderen nach der nationalen Form des kapitalistischen Staates, bleibt eine Verschiebung und als Folge davon eine ungelöste Spannung bestehen, obwohl sie selbstverständlich auf ein und dasselbe Ziel zulaufen, das darin besteht, in konkreten Begriffen die Notwendigkeit einer sozialistischen Demokratie und eines demokratischen Sozialismus zu begründen.

Im Grunde genommen scheint Poulantzas, obwohl er sich bewusst auf eine »relationale« Konzeption der Macht und des Staates zubewegt hat (er hat zu deren Begründung selbst beigetragen), gezögert zu haben, die strategische

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Bestimmung zu denken, wonach die Reproduktion und der Widerstand der Volksklassen sogar auch für die Regulierung der Konstitution des »Blocks an der Macht« entscheidend sind, (während er nicht aufhört zu behaupten, dass »der Kampf der Klassen die Institutionen übersteigt«), und andererseits scheint er auch dazu geneigt zu haben, die *grundlegende Bedeutung* »der Nationform« für den *kapitalistischen* Staat auf die Arbeiter- oder Volkskomponente des Nationalismus zu reduzieren (während sie doch ständig der Hegemonisierung durch den bürgerlichen Nationalismus ausgesetzt ist). Mit anderen Worten, einerseits räumt er den Arbeiterkämpfen in der Geschichte der Transformationen des kapitalistischen Staates nicht genug Geltung ein, andererseits gesteht er möglicherweise dem Nationalismus der Arbeiterklasse zuviel Autonomie gegenüber dem bürgerlichen oder herrschenden Nationalismus zu, genau zu dem Zeitpunkt, als er diesen Nationalismus die Aufgabe aufbürdet, den Weg für seine eigene Überschreitung zu ebnen.

Ich vermute, dass dies mit den schwierigen und interessanten Formulierungen in Zusammenhang steht, die in den letzten Texten von Poulantzas die Gestalt einer Diskussion eines Konzepts der »Krise« annehmen: Dort gelingt es ihm, sich von gewissen von der Romantik (einschließlich der Marxschen Romantik) geerbten apokalyptischen Formulierungen zu lösen, d.h. von einem Schema, nach dem selbst die Verschärfung der Krise zum Grund und Zeichen einer unmittelbar bevorstehenden »Lösung« wird (dies trifft besonders auf seine feinen Unterscheidungen zwischen Faschisierung des Staates, diktatorischen Lösungen interner Machtkonflikte, autoritärem Etatismus, etc, zu). Und man sieht an jedem dieser letzten Texte, dass Poulantzas der Idee anhing, dass eine, während der »Hegemonie-« oder »Legitimationskrise des Staates« mögliche autoritäre Entwicklung, (durch sich) selbst eine anhaltende Verpflichtung zum sozialistischen Übergang darstellt, wie man es insbesondere am Widerstand der Arbeiterbewegung gegen ihre vollständig Sozial-Demokratisierung sehen könne.

3.

Ich werde also jetzt zum zweiten Punkt übergehen und versuche zunächst zu erklären, weswegen es mir nützlich erscheint, einen Teil der Fragen, die Poulantzas gestellt hat in Begriffen einer Krise »des national-sozialen Staates« neu zu formulieren. Ich hoffe, es wird deutlich, dass es sich dabei nicht um den Versuch einer posthumen Einverleibung, sondern um eine gemeinsame Überlegung handelt, die über einen langen Zeitraum hinweg zwischen mehreren Forschern zirkuliert. Ich will versuchen, das, was ich gemeinsam mit einigen anderen den »national-sozialen Staat« nenne, durch zwei wechselseitig historische Thesen zu charakterisieren.

Ich werde also jetzt zum zweiten Punkt übergehen und versuche zunächst zu erklären, weswegen es mir nützlich erscheint, einen Teil der Fragen, die Poulantzas gestellt hat in Begriffen einer Krise »des national-sozialen Staates« neu zu formulieren. Ich hoffe, es wird deutlich, dass es sich dabei nicht um den Versuch einer posthumen Einverleibung, sondern um eine gemeinsame Überlegung handelt, die über einen langen Zeitraum hinweg zwischen mehreren Forschern zirkuliert. Ich will versuchen, das, was ich gemeinsam mit einigen anderen den »national-sozialen Staat« nenne, durch zwei wechselseitig historische Thesen zu charakterisieren.

Die eine besteht in der Beobachtung, dass die Regulierung (und nicht, wie man manchmal zu Unrecht denkt, »die Integration«) der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teiles der Lohnarbeiter, die als »Wohlfahrtsstaat«, *Welfare State* oder *Sozialstaat*

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

(i.O. deutsch) bezeichnet wird, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit seiner Hegemonie waren, die gleichzeitig durch interne (soziale, religiöse, ethnische Konflikte) und externe (Kriege, Kolonisierung) Krisen und Widersprüche teilweise in ihrer Existenz bedroht war. Es gibt keine »natürliche« Beständigkeit oder Trägheit der Nation. Diese muss vielmehr durch eine bestimmte Politik »reproduziert« werden, die zu einem wesentlichen Teil Sozialpolitik war, teils durch Kämpfe innerhalb derselben durchgesetzt, teils machiavellistisch »von oben« geschaffen. Aber die reziproke These lautet, dass die – letzten Endes zu Gunsten der herrschenden Klasse – vorgenommene Regulierung der Klassenkämpfe, allgemeiner, der sozialen Konflikte, niemals möglich gewesen wäre ohne den Prozess der Einsetzung der Nationform, *dieser Form der privilegierten Gemeinschaft*, die sakralisiert und säkularisiert zugleich ist. (denken wir hier an den »nationalen-popularen Willen« von Gramsci oder an »die Erfindung der Nation« von Benedict Anderson). Dies ist der »Tugendkreis« (»*cercle vertueux*«)⁴, der es der politischen Geschichte der Moderne erlaubt hat, zweifellos zum Preis von Gewalt, Zwängen und Illusionen, sich zumindest für eine gewisse Zeit an bestimmten Orten und in bestimmten Grenzen einzurichten. Dieses institutionelle Resultat lässt sich m.E. am besten »national-sozialer Staat« nennen, ohne den provokatorischen Charakter des Ausdrucks zu fürchten, d.h. ihn nicht als eine getarnte Variante des Nationalsozialismus zu verstehen, sondern im Gegenteil als eine Alternative zur »Lösung« die dieser im Rahmen eines bestimmten Konjunktur darstellte. Man bemerkt, dass es sich um eine eigenständige Phase in der Geschichte des Staates handelt, die »organisch« ist für eine ganze Periode der Geschichte des Kapitalismus (selbst wenn sie sich sehr ungleich entwickelt (...)) und in ihr wurden unumkehrbare Effekte produziert, einschließlich der Konstitution der Klassen und der historischen Perspektive, in die man sie einordnen kann.

Diese These bedarf in meinen Augen zweier grundlegender Ergänzungen. Die eine betrifft die Transformation der Frage der Staatsbürgerschaft, die andere das Verhältnis dieser zum Gegensatz von »Zentrum« und »Peripherie«. Was die Staatsbürgerschaft betrifft, muß man zuerst sagen, dass die Konstitution des national-sozialen Staates darin mündete, eine Äquivalenz zwischen Staatsbürgerschaft und *Nationalität* zu »zementieren«, die tendenziell seit ihrer Gründung in die Nationalstaaten selbst eingeschrieben war, im besonderen bei den aus den popularen (sogenannten bürgerlichen) Revolutionen des klassischen Zeitalters hervorgegangenen Staaten, die aber nie ohne Rest oder widerspruchsfrei geblieben sind. Die große, typisch moderne Gleichung (...), die auf bewunderungswürdige Weise die Vieldeutigkeit eines Begriffs wie *citizenship* im amerikanischen Sprachgebrauch zum Ausdruck bringt, hat von nun an nicht nur eine formale »Volkssouveränität« zum Inhalt, sondern ein Ensemble sozialer Rechte, die dazu tendieren, der Staatsbürgerschaft selbst einverleibt zu werden (selbst wenn diese Einverleibung stets umstritten ist) und die, weit davon entfernt, mit den politischen Rechten in Widerspruch zu stehen (wie es die ganze Tradition des »reinen« Liberalismus gerne hätte) in gewissem Sinne *der politischste Teil der Staatsbürgerschaft* sind. Diese Rechte transformieren die Staatsbürgerschaft in eine *soziale*, die selbstverständlich in dem Maße Wirkmächtigkeit gewinnt, indem ihre Garantie und ihre Entwicklung auf der Wichtigkeit der staatlich anerkannten und organisierten sozialen Kämpfe basiert. Die nationale Zugehörigkeit konstituiert im Gegenzug die Grundlage des Zugangs zu den sozialen Rechten, angefangen bei der Bildungs-, Wohnungs- und

⁴ Wortspiel mit »*cercle vicieux*«, Teufelskreis. (Anm. d. Ü.)

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Gesundheitspolitik, (all das, was Foucault »Bio-Politik« nennt) bis hin zur Arbeitslosen- und Altersversicherung, und selbst wenn die ausländische »immigrierte« Arbeiterschaft mehr oder weniger vollständig im nationalen Raum in das Feld der sozialen Rechte integriert ist, nicht aber in den der politischen Rechte, entsteht hier ein mächtiger Spannungsherd und gegebenenfalls Gewalt. Es muss aber vor allem gesagt werden, dass die Verwirklichung einer neuen historischen Form von Staatsbürgerschaft, der »sozialen Staatsbürgerschaft«, innerhalb der nationalen Form, genauer im Rahmen des hegemonialen national-sozialen Staates eine neue gesellschaftliche Dialektik zwischen dem Politischen und dem Klassenkampf einleitet. Man muss hier vor allem die herrschende Perspektive umstürzen und die politische Form von »unten«, anders gesagt »aus der Perspektive von denen da unten« betrachten, so wie es auch wichtig ist, um die Komplexität der Beziehungen zwischen Kapital und Staat in den Blick zu bekommen, von der Idee einer »Ableitung« oder »des Mechanismus« loszukommen. Diese beiden Dinge gehören im Übrigen zusammen. Mehrmals betont Poulantzas, dass der zeitgenössische Staat einen Prozess der Individualisierung der Subjekte bewirkt. Hierbei handelt es sich um die grundsätzliche Dimension der Staatsbürgerschaft, die bereits bei Hegel, im Zentrum seiner Theorie der Verhältnisse zwischen der zivilen Gesellschaft und dem Staat formuliert wurde. Aber die Entwicklung einer sozialen Staatsbürgerschaft zeigt, dass es keinen Gegensatz, sondern im Gegenteil eine strikte Komplementarität zwischen dem Individualisierungsprozess und der Entstehung von Kollektiven gibt, die ein Bewusstsein über ihre eigene Kultur entwickeln, wobei sie in den meisten Fällen, zumindest was die Arbeiterklasse anbelangt, historisch an Widerstand und Kampf gebunden sind. Umgekehrt sieht man auch, dass in dem Moment der Krise der sozialen Staatsbürgerschaft, die durch eine neue Phase der Überausbeutung der Arbeitskraft hervorgebracht wird, die die nationalen Grenzen sprengt, auch eine Auflösung der kollektiven Vorstellungen und eine Rückentwicklung der individuellen Rechte entsteht, die schließlich die Persönlichkeit selbst in Gefahr bringen, in Gestalt jener Ausschlussformen, die R. Castel zurecht »Entkopplung« (*désaffiliation*) nannte.⁵ Schließlich sollte man hervorheben, dass die Umsetzung des national-sozialen Staates den Widerspruch zwischen mehreren Aspekten der Universalität, die für die politische Moderne charakteristisch sind, verschärft und verlagert. Diese verschiedenen Aspekte erscheinen immer gleichzeitig auf der symbolischen wie auch auf der realen (wenn man so will ökonomischen) Ebene, wobei die einen nicht weniger determinierend sind als die anderen. Es handelt sich hierbei, wenn man so will, um eine Übersetzung dieser »Interiorisierung [intériorisation] der globalen Widersprüche«. (...) Auf der einen Seite stellt die Entstehung einer sozialen Staatsbürgerschaft (oder das Ensemble der sozialen Rechte, welches in die Staatsbürgerschaft eingeschrieben ist, die aus jedem Individuum einen Quasi-Besitzer eines Teils des kollektiven Besitzes, wenn auch sehr beschränkt, macht) die ursprüngliche und entscheidende Entwicklung dessen dar, was wir *intensive* Universalität nennen können, d.h. einer Gleichheit, die nicht nur formell ist, sondern einen genau konturierten materiellen Gehalt hat. Es ist durchaus wesentlich für diese Ansicht, dass die kollektiven Regime der sozialen Sicherheit (...) nicht als Fürsorgeregime angesehen wurden, die sich mit Methoden der umgekehrten Diskriminierung besonders an die Armen und Arbeiter gerichtet hätte, sondern sie haben sich als universelle dargestellt, von denen alle *Staatsbürger* der betroffenen Länder profitieren sollten, in jedem Falle aber alle

⁵ Robert Castel: *Le métamorphoses de la question sociale*. Fayard, 1995. Dt. Ausgabe: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Univ.-Verl. Konstanz, 2000

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Staatsbürger, die am Arbeitsleben teilhatten, das dadurch auch als eine Grundlage der Zugehörigkeit zum Staat („*Cité*“) fungierte (genau das wird durch die Massenarbeitslosigkeit und die stattfindende Expansion der neoliberalen Ideologie gerade mehr oder weniger grundsätzlich in Frage gestellt). (...) Aber andererseits beinhaltet die Tatsache, dass die soziale Staatsbürgerschaft bloß in der beschränkten Form nationaler »Sozialpakete« im Rahmen eines national-sozialen Staates existiert hat, (...) offensichtlich eine Beschränkung ihrer Universalität, oder wenn man so will, einer »extensiven« Universalität. Nun ist der Augenblick gekommen, das Augenmerk auf eine beschränkende *materielle Bedingung* zu richten, die auf die Teilung der Weltwirtschaft in Zentrum und Peripherie verweist. Selbst und vor allem wenn der national-soziale Staat in den letzten hundert Jahren ein *ideales Modell* geworden ist (auch ein idealisiertes Modell, an das sich insbesondere die »Entwicklungspolitiken« geklammert haben, hervorgerufen durch die Entkolonisierung und an bestimmten Punkten auch durch die reformistischen Bewegungen in den Ostblockstaaten), wobei klar ist, dass er sich außer in den Ländern des imperialistischen Zentrums nicht wirklich vollständig verwirklicht hat (...) Aber diese Beschränkung der Universalität des national-sozialen Staates und die ihr zugrundeliegende ungleiche Entwicklung, zieht in der neuen Phase der Globalisierung dramatische Konsequenzen nach sich, nämlich dass bestimmte kapitalistische Politiken bewusst auf die Verschärfung der Ausbeutung zielen, im Sinne einer massiven Reproletarisierung, die aber (...) die Grundlagen und die Institutionalisierung des Politischen in Gefahr bringen. Es handelt sich nicht mehr nur um die Kluft zwischen den Lebensbedingungen von Zentrum und Peripherie, also zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Ländern, zwischen einer in der Überausbeutung gehaltenen und einer dem Prozess der Proletarisierung tendenziell entrissenen Arbeiterklasse, die internationale Spannungen auf globaler Ebene schafft, die sich an bestimmten »Grenzen« zu kristallisieren vermag (wie diejenigen, welche die vormaligen Kolonisatoren und die Kolonisierten gleichzeitig trennen und vereinen, man sieht das sehr gut am Beispiel der französisch-algerischen Grenze oder der Grenze zwischen den USA und Mexiko) und die sich in bestimmten sozialen und demographischen Prozessen wie der Migration zeigt. Es handelt sich um *Wohlstandsgefälle* (i.O.dt.) (um einen Ausdruck des deutschen Ökonomen Georg Vobruba zu benutzen), die sich von nun an im Rahmen eines jeden politischen Ensembles vertiefen und die Reproduktion des dynamischen Gleichgewichts jedes politischen Ensembles in Frage stellen, in dem Maße, in dem die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie nicht mehr eine zwischen nationalen Formationen ist, sondern in entscheidender Weise auch innerhalb dieser Formationen stattfindet. Nicht nur schaffen die traditionellen Nationalstaaten unter der Wirkung des Imports immigrierter billiger Arbeitskraft, die mehr oder weniger von zivilen und sozialen Rechten ausgeschlossen ist und unter der Wirkung der Deregulierungspolitiken, des Abbaus der sozialen Sicherungen, in ihrem Gefüge widersprüchliche Lebensverhältnisse sowie Ausschlussformen, die die Idee der »sozialen Staatsbürgerschaft« negieren (...) (und die offensichtlich eine konstante Schwächung und systematische Delegitimierung der organisierten Klasse, insbesondere der Gewerkschaften bedeuten). Man kann sogar soweit gehen und die folgende These vorschlagen: Die »supra-nationalen« politisch-ökonomischen Ensembles, die durch ihre Herausbildung den nationalen Rahmen relativieren, und gleichzeitig die staatlichen Integrationsmechanismen der sozialen Konflikte auf einer erweiterten Ebene reproduzieren, wofür die EU ein typischer Fall ist, sind systematisch auf der Kluft der *Wohlstandsgefälle* (i.O. deutsch), den Mechanismen der Ungleichheit und der internen Exklusion, aufgebaut (...).

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

In dieser Situation werden von neuem die »gefährlichen Klassen« im Herzen des politischen Raums eingeschrieben. Oder allgemeiner gesagt, sie schreiben im politischen Feld das komplette Spektrum der organisierten Gewalten ein, von den rassistischen Diskriminierungen und den Methoden der sicherheitspolitischen sozialen Ausgrenzung bis hin zu den ethnischen Gegenwirkungen und den kleinkriminellen Phänomenen, die wiederum die Militarisierung der sozialen Ordnung verschärfen. Man kann Poulantzas' 20 Jahre alte Überlegungen zum autoritären Etatismus noch einen Schritt weitertreiben. Die Krise des national-sozialen Staats, die mit der Globalisierung und mit dem Prozess der Reproletarisierung zusammenfällt, ist ein Resultat und liegt zugleich in den Zielen der herrschenden Klasse begründet (Finanzkapitalismus) und leitet wiederum eine Reihe von nationalen und internationalen politischen Initiativen ein, die zum Vorschein bringen, was man eher als eine *präventive Konterrevolution*, denn als einen Neoimperialismus bezeichnen könnte. Denn das Ziel ist nicht die Eroberung territorialer Einflusszonen, was in einer Zeit der endgültigen Delokalisierung des Prozesses der Produktion und der Aneignung des Mehrwerts sinnlos geworden ist; sondern im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten einen Krieg aller gegen alle ins Leben zu rufen, eine Situation endemischer Gewalt, in der die Entstehung einer transnationalen sozialen, multiethnischen, multikulturellen Bewegung sich als unmöglich erweist.

Die Frage ist, ob eine solche »Politik«, (...), in der sich finanzielle, militärische, humanitäre Aspekte miteinander verbinden und die man, so glaube ich als »präventive Konterrevolution« charakterisieren kann, ihrerseits als Antwort eine »Revolution« hervorrufen wird oder wenn man so will eine Gegen-Konterrevolution (...) Diese Politik, kann man auf die Verfolgung der Interessen der herrschenden Klasse oder einer ihrer Fraktion zurückführen, was im Besonderen bedeutet, dass die Effekte der Reproletarisierung der globalen Arbeiterklasse keineswegs ökonomisches Schicksal sind (man könnte sogar sagen, dass sie ökonomisch eher kontra-produktiv sind). Aber diese Politik kann durch die sozialen Kräfte, die Arbeiter, die unterdrückten Völker, die revolutionären Intellektuellen, die anderen emanzipatorischen und Widerstandsbewegungen die alle zusammen jene fortschrittliche Tradition bilden, die man die Linke oder »das Volk« nennt, nicht einfach umgedreht werden. Die dramatische historische Erfahrung des 20. Jahrhunderts kann uns zumindest eines lehren, dass es keine Symmetrie geben kann zwischen den Strategien der herrschenden und beherrschten Klassen, gerade weil die Wirklichkeit der Politik strategisch ist. Dies war auch die Lehre Machiavellis.

4.

Selbst wenn die Einrichtung des national-sozialen Staats räumlich und zeitlich begrenzt gewesen sein sollte (wenn auch im »Zentrum« des kapitalistischen Systems eingeschrieben), so ist sie doch irreversibel. Das »Rad der Geschichte« dreht sich nicht zurück, ungeachtet (...) aller Phänomene der zyklischen Reproduktion der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen. Vor allem sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Völker des Ostblocks die »Diktatur über das Proletariat« beendet haben, um ihrerseits in die Sphäre der sozialen Staatsbürgerschaft einzutreten und nicht in die eines wilden Liberalismus. Solche Phänomene extremer Gewalt, die heute die globale Politik charakterisieren – hier verknoten sich die ökonomisch-sozialen Gewalten mit »ideologischen« Gewalten ethnischen und religiösen Typs auf unentwirrbare Weise miteinander – und die tendenziell auf die physische Eliminierung von für die Ausbeutung »unnützlich« gewordenen Bevölkerungsteilen hinauslaufen bringen nachdrücklich die *Unmöglichkeit, einen national-sozialen Staat zu errichten* zum Ausdruck. In vielen Fällen ist dies gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit,

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

überhaupt einen Staat zu errichten und zwar in einem großen Teil der Welt, davon wird auch das Innere der sozialen Situation und damit die Möglichkeiten der kollektiven Repräsentation und der Organisation von Politik, sogar der Gedanke der »Rechte« des Individuums weltweit bestimmt. Deshalb ist es nun unsere Aufgabe, die umfassend in Frage gestellte soziale Staatsbürgerschaft *gleichzeitig* zu verteidigen und auszudehnen (es ist im Übrigen unmöglich sie zu verteidigen ohne sie auszudehnen), und eine neue Form und ein neues Konzept der Staatsbürgerschaft zu erfinden, das es insbesondere erlaubt, die grundlegenden Widersprüche des sozialen Nationalstaats zu überwinden. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass uns diese Situation vor praktisch kaum zu lösende oder überhaupt nur benennbare Dilemmata stellt.

Dies beweist meines Erachtens auch die tendenzielle Aufspaltung der »sozialistischen« Tradition – vor allem in Europa – in zwei Arten von Diskursen, die sich spiegelverkehrt aufeinander beziehen:

Auf der einen Seite wurde (etwa von Habermas oder den »linken« Habermasianern) die Idee einer »post-nationalen« Politik entwickelt, deren Motor die grenzüberschreitende Ausweitung der Menschenrechte und der rechtlich abgesicherten Kollektivverhandlungen ist, aber auf einer im wesentlichen moralischen Basis und unabhängig von einer wirksamen sozialen Mobilisierung. Auf der anderen Seite formieren sich Bewegungen, die die »Errungenschaften« der sozialen Staatsbürgerschaft verteidigen; sie konzentrieren sich vor allem auf die staatlichen Funktionen, die diese garantieren, werden dadurch aber selbst zu Bewegungen, die den Staat und das Prinzip der geheiligten und idealisierten nationalen Souveränität verteidigen (das kann dazu führen, dass sie sich praktisch und theoretisch den Forderungen nach »nationaler Präferenz«⁶ anschließen und diskriminierende Politiken gegen MigrantInnen rechtfertigen). Diese Alternative muß man verlassen, indem man die Verteidigung der sozialen Staatsbürgerschaft mit der Erfindung neuer Formen der Staatsbürgerschaft verbindet, es geht also um die Entwicklung einer fortschrittlichen Alternative zum sozialen Nationalstaat.

Diese Alternative müßte – in einer natürlich vorläufigen und unabgeschlossenen Fassung – mindestens drei grundlegende Dimensionen umfassen. Erstens muss sie eine drastische Verringerung von *Wohlstandsgefällen* beinhalten, die weltweit zwischen Regionen, manchmal auf dem selben Kontinent oder selbst in einem Land bestehen, und die die Form einer Kluft zwischen Zonen der Verwüstung menschlicher und natürlicher Ressourcen und Luxuswohngebieten in schöner Umgebung annehmen. Es geht hier um einen konzertierten Kampf gegen Unterentwicklung und ökologische Katastrophen. Aber es geht auch, in einem neuen Sinn, der die alten Antinomien zwischen Stadt und Land oder die jüngsten zwischen industriellem Raum und Wohnraum übersteigt, um eine Politik der Urbanisierung, ohne die es keine Verringerung – sowohl der staatlichen als auch der anti-staatlichen – kollektiven Gewalt gibt. Zweitens muss sie eine Dimension transnationaler (mehr noch als post-nationaler) Staatsbürgerschaft beinhalten, die sich in meinen Augen eher »von unten« entwickeln wird als »von oben«, d.h. durch die Demokratisierung der Grenzen, eine gemeinsame Verwaltung der Migrationsströme, die sowohl die Interessen der Migranten berücksichtigen als auch mit den Herkunftsländern ausgehandelt werden muß; durch die Anerkennung der zivilen und politischen

⁶ Die »*préférence nationale*« (Bevorzugung der »Einheimischen« bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen, etc.) gehört zum Forderungskatalog der französischen Rechten. (Anm. d. Ü.)

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Rechte der Immigranten (mehr noch, der ausländischen Einwohner) in jedem Land und durch die Anerkennung des kulturellen Pluralismus und seines Beitrags zur Entwicklung jeder nationalen Kultur.

Drittens muß sie eine Bewegung der Überschreitung der Formen und Grenzen umfassen, in denen der national-soziale Staat den Schutz der Individuen organisiert. Denn die Einlösung des Verlangens nach Emanzipation, nimmt häufig die Gestalt soziologischer Kategorisierungen und damit einer Transformation ethischer und anthropologischer Differenzen (sexueller und gesundheitlicher Art oder in Bezug auf Bildung und Alter) in essentialistische und quantitative soziologische Differenzen an, wie man es deutlich im Falle der »Frauenrechte« oder dem »Schutz der Minderheiten« beobachten kann. Vor allem gegen diese Kategorisierung (die Deleuze »Codierung«, »Territorialisierung«, »Kontrollgesellschaft« genannt hat) hat sich der sogenannte »Individualismus« oder »Spontanismus« der zeitgenössischen sozialen Bewegungen entwickelt. Es müssen also Wege gefunden werden, die soziale Staatsbürgerschaft von dem ihm eigenen Soziologismus und den bürokratischen Tendenz zu befreien, die die Kategorien sozialer Teilhabe reifizieren – ohne die Verteidigung und Erweiterung des Prinzips der sozialen Sicherung aufzugeben.

Sind diese Ziele demokratisch? Ganz offensichtlich, und sie verlängern sogar die uralte Bewegung einer *Erfindung der Demokratie* oder neuer grundlegender Rechte, ohne die es keine Demokratie, sondern nur eine körperschaftliche »Repräsentation« der Gesellschaft innerhalb des Staates gibt. Sind sie »sozialistisch«? Vielleicht, zumindest zum Teil. Ich möchte aber vielmehr auf dem bestehen, was diese Ziele jenseits eines Jahrhunderts des offiziellen, orthodoxen oder häretischen Marxismus, der die kommunistische politische Idee in die Grenzen des Programms eines »sozialistischen Übergangs« oder »Übergangs zum Sozialismus« eingeschlossen hat (also einer bloßen Alternative zum Kapitalismus, wenn nicht sogar bloß einer *Inversion des Kapitalismus*), zur Erneuerung und Permanenz dieser Idee hervorgebracht haben. Weil wir diese Fragen heute – in Erinnerung an Poulantzas – diskutieren, als Versuch, aus seinem unvollendeten Werk Nutzen zu ziehen, und weil andererseits die Idee der kommunistischen Politik philosophisch betrachtet eine ethische Idee ist, die nicht abstrakt vorstellbar ist, werde ich sie in Form einer dreifachen Abfrage stellen, auf die es nur eine Antwort gibt: Worin besteht die Notwendigkeit einer kommunistischen Position bei der Rekonstitution der Staatsbürgerschaft jenseits des national-sozialen Staates? In welchem Sinne können wir sagen, dass Poulantzas letztendlich selbst ein »Kommunist« war? Wer sind heute die Kommunisten?

Ich werde also über den »Kommunismus von Nicos Poulantzas« sprechen und ich werde im Singular darüber sprechen. Die hier zu stellende Frage ist also nicht »Was« (*Was ist der Kommunismus*) (i.O.dt.), sondern »Wer« (*Wer sind die Kommunisten?*) (i.O.dt.). Mit dieser Formulierung – sie »kokettiert« mit einer Thematik, die durch Nietzsche und Heidegger berühmt geworden ist – lade ich auch dazu ein, dem Erbe des Manifestes der kommunistischen Partei Gehör zu schenken, wo Marx sich – natürlich innerhalb einer bestimmten Konjunktur – fragte, was die Kommunisten waren und sein konnten (»Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. (MEW 4: 492) Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. (...) Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

Parteien aller Länder.« (ebd.: 493)). Sicher hat sich die Bedeutung dessen, was Marx 1848 »Partei« nannte in Laufe der letzten 150 Jahren grundlegend verändert. Man muss also zu seiner Idee zurückkehren, indem man den Akzent verschiebt: In allen politischen Bewegungen, sozialen oder »kulturellen« Kämpfen, »vertreten« d.h. *praktizieren* die Kommunisten die Vielfältigkeit der aufeinander nicht reduzierbaren emanzipatorischen Interessen selbst im Angesicht ihrer Radikalität; sie fordern und verwirklichen die Freiheit nicht als Vereinzelung von Individuen und Gruppen, die Gleichheit nicht als Gleichförmigkeit, sondern die Freiheit und Gleichheit als Gegenseitigkeit der Individualitäten, als jene »Gemeinschaft«, die individuelle und kollektive Singularitäten sich anbieten können, zu der sie sich gegenseitig ermächtigen. Dies steht selbstverständlich (wie das auch bei Marx der Fall war) in einem wesentlichen Zusammenhang zur Staatsbürgerschaft, aber es richtet sich *gegen* eine staatliche Form der Verwaltung des »Pluralismus« durch formelle Regeln und administrative Zwänge. (...)

Für mich zeigt sich der Kommunismus von Nicos, jenseits seines fundamentalen Demokratismus (»*démocratie fondamentale*«) (er kam aus dem Land der Militärdiktatur) und seiner Bindung an die sozialistische Politik (deren europäische Geschichte und Varianten er studiert hat), vor allem in der Art ihrer Wiedervereinigung. Oder, wenn man so will, in der Verbindung der folgenden zwei Elemente:

- In seinem *praktischen* Internationalismus (mehr noch als in seinem »theoretischen«), seiner unablässige Suche nach grenzenloser Begegnung und Kommunikation zwischen Emanzipationsbewegungen, die sehr gut den Gegensatz zwischen den Ideen des Kommunismus und des Kommunitarismus verdeutlichen.
- In seinem, in der Marxschen Tradition des Kommunismus stehendem, Beharren auf der Notwendigkeit, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu überwinden, um die Wurzeln des »Bürokratismus« in Staat und Partei zu beseitigen, und um eine *offene* Dialektik der institutionellen »repräsentativen Demokratie« und der popularen oder assoziativen »direkten Demokratie« zu ermöglichen, ohne die es keine neue Staatsbürgerschaft geben wird.

Es ist anzuerkennen, dass die Entwicklungen der Globalisierung, die Konzentration kultureller und ökonomischer Macht und als Reaktion darauf, des religiösen und laizistischen Nationalismus, den beiden Forderungen vielfältig entgegenlaufen. Es sind die gleichen Hindernisse, die einen Ausweg aus der Krise des national-sozialen Staats blockieren.

Ich würde bewusst mehrdeutig sagen: Nicos Poulantzas war ein typischer »Kommunist des Inneren«⁷, nicht nur des Inneren seines Landes, sondern des *Inneren der sozialen, intellektuellen und politischen Praktiken*, so wie wir es heute sein müssten, während die Idee eines *Kommunismus von Außen* jeden Referenten in der Wirklichkeit verloren hat (wenn auch nicht im Imaginären, wo die Phantome ein langes Leben haben). Diese ganz eigene Topologie des kommunistischen Kampfes als den Kämpfen immanent und zwischen ihnen zirkulierend wurde ironischerweise durch ihn »theoretisiert« (gegen die Idee einer für den Kommunismus von Außen sinnbildlichen »*Doppelherrschaft*«): »Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb...« (237) Es ist das Äußere des Staates, der Institutionen, aber mehr

⁷ Es handelt sich um eine Anspielung auf Poulantzas Mitgliedschaft in der eurokommunistisch orientierten Griechischen Kommunistischen Partei (Inland) oder eben *de l'Interieur*.

Etienne Balibar: Kommunismus und Staatsbürgerschaft

noch die Praktiken die diesen zugrunde liegen. Weiter unten heißt es nämlich dialektisch: die Kämpfe für eine »radikale Transformation des Staates«, oder wie ich es nenne für eine aktive Staatsbürgerschaft, welche genau aus diesem Grund nicht außerhalb des Staates sein können, stellen sich nichtsdestotrotz notwendig »in die globale Perspektive eines Absterbens des Staates«. Heute sind Poulantzas und andere nicht mehr da. Aber die kommunistischen Staatsbürger, die staatsbürgerlichen Kommunisten oder die Kommunisten der Staatsbürgerschaft sind immer noch da. »Unsichtbar«, weil sie weder Armee, noch Lager, Partei oder Kirche haben. Es ist ihre Art zu existieren.